

9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 11.06.2014	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Pickel, Sascha	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	Vertretung für Frau Gila Alt- mann
Behrends, Kuno	SPD	
Biller, Anita	SPD	bis 16.26 Uhr
Carow, Johanne	FW	
Eilers, Stefan		Vertretung für Herrn Florian Eiben
Frerichs, Theo	CDU	bis 16.50 Uhr
Hülsebus, Dieter		bis 17.15 Uhr
Lüppen, Christel	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Molitor, Tim		
Odens, Roelf	CDU	
Pansegrau, Ute		
Rinschede, Klaus		
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE	
Beratende Mitglieder		
Ewen, Christian		Vertreter des Jobcenters
Grensemann, Monika		Erzieherin aus dem Kita- Bereich

Hillen, Anette	Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde ernannt wird
Hohensee, Maren	Richterin des Jugendgerichts
Homann, Jürgen	Kreisjugendpfleger
Imhoff, Karin	Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich
Kluin, Dietmar	Vertreter für den Kinderschutz
Kostka, Anja	Vertreterin der ev. Kirche Vertretung für Herrn Klaas Grensemann
Pahl, Dennis	Vertreter der kath. Kirche
Rewerts, Silke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich Vertretung für Frau Frauke Jelden
Störiko, Andrea Dr.	Jugendärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes
Tobiassen, Bernd	Interessenvertreter ausländische Kinder u. Jugendliche

Verwaltung

Buss, Thomas	Protokollführer
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat

Nicht anwesend:

Mitglieder

Altmann, Gila	GRÜNE
Bruns, Christof	
Eiben, Florian	

Beratende Mitglieder

Grensemann, Klaas	Vertreter der ev. Kirche
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich
Wunsch, Jutta	Leiterin des Fachamtes

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.10.2013
4. Praxisbericht aus der täglichen Arbeit in der Kindertagespflege
5. Änderungen in der Richtlinie Kindertagespflege



- | | |
|-----|--|
| 6. | Ein Jahr Eltern-Infodienst "Bi´d Hand" - Rückschau und Ausblick |
| 7. | Budgetentwicklung des Regionalteams Mitte: Berichterstattung des Regionalteamleiters |
| 8. | Beschlussfassung über die Fortführung der Projektförderung für Kindertagesstätten zur Unterstützung der frühkindlichen Bildung
Vorlage: VIII/2014/100 |
| 9. | Berichterstattung über die Unterbringung von Jugendlichen in ausländischen Einrichtungen |
| 10. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 11. | Schließung der Sitzung |
-

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15.08 Uhr die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß neben den anwesenden Ausschussmitgliedern die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten geladenen Referentinnen und Referenten, die Pressevertreter und die Öffentlichkeit willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

Im Anschluss unterrichtete er den Ausschuss über einen von der Kreisfraktion der Freien Wähler eingebrachten Antrag zur Berichterstattung über die Unterbringung von Jugendlichen in ausländischen Einrichtungen. **Der Vorsitzende** schlug vor, die Tagesordnung dementsprechend zu erweitern und die Berichterstattung unter Verschiebung der übrigen Tagesordnungspunkte unter Nummer 9 einzureihen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.10.2013

Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig, die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.10.2013 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Praxisbericht aus der täglichen Arbeit in der Kindertagespflege**

Der Vorsitzende begrüßte die Tagesmütter **Christine Horn** und **Astrid Lang**, die anhand der dem Protokoll als Anhang beigefügten Präsentation aus der täglichen Praxis in der Kindertagespflege berichteten.

Dipl.-Soz.-Päd. Homann dankte den Referentinnen für ihren Vortrag und sah im Jugendhilfeausschuss das richtige Forum, um insbesondere auch über die tägliche Arbeit zu berichten. Kindertagespflege sei eine wichtige Stütze der frühkindlichen Förderung. Derzeit würden ca. 760 Kinder in der Kindertagespflege betreut. Tagespflege sei als wichtige Stütze zur Verbindung von frühkindlicher Bildung mit flexiblen Angeboten der Betreuung zu sehen. Die Kritik im Bezug auf die schwere Erreichbarkeit der Familienservicebüros werde aufgenommen. Sie sei auch berechtigt, aber insbesondere auf einen längerfristigen krankheitsbedingten Ausfall zurückzuführen, der seitens des Fachamtes leider nicht kurzfristig kompensiert werden konnte.

Abg. Behrends bat um Darstellung, welche Voraussetzungen im häuslichen Umfeld für eine Betreuung in der Kindertagespflege notwendig seien. Insbesondere interessiere ihn, ob ein Spielplatz direkt am Haus vorhanden sein müsse.

Christine Horn entgegnete, dass die Größe für die Wohnung bzw. des Hauses ausschlaggebendes Element sei. Wichtig sei zudem, dass ein altersgerechter Spielplatz möglichst fußläufig von der Tagespflegestelle aus erreicht werden könne.

Auf die Frage von **Abg. Albers** im Bezug auf Essensversorgung der betreuten Kinder teilte **Christine Horn** mit, dass ihrerseits auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung Wert gelegt werde. Aus diesem Grunde werde täglich frisch und ohne Fertigprodukte gekocht. Zur Deckung der hierdurch entstehenden Mehrkosten sei es aber unumgänglich, gegenüber den Eltern einen gesonderten Kostenbeitrag zu erheben.

KAR Buss stellte im Anschluss anhand einiger Folien die Rahmenbedingungen und Zahlungsmodalitäten der Kindertagespflege im Landkreis Aurich vor.

Abg. Meyerholz zeigte sich in diesem Zusammenhang verwundert, dass die Kilometerpauschale weiterhin bei 0,20 EUR liege. Es habe bereits im letzten Jahr eine Vorlage dahingehend gegeben, die Pauschale um

0,10 EUR zu erhöhen. Eine kurzfristige Umsetzung sei seinerzeit zugesagt worden. **EKR Dr. Puchert** erwiderte, dass die Erhöhung aufgrund eines offensichtlichen Kommunikationsdefizites noch nicht zur Umsetzung gelangt sei. Man werde den Hinweis jedoch zum Anlass nehmen, ab dem Folgetag eine Pauschale von 0,30 EUR zu zahlen und die Richtlinie in diesem Punkt zu aktualisieren.

TOP 5 **Änderungen in der Richtlinie Kindertagespflege**

KAR Buss stellte anhand der dem Protokoll als Anhang beigefügten Präsentation die Eckpunkte der Änderungen in der Richtlinie für die Kindertagespflege vor. Die Richtlinie sei mit den gesetzlichen Änderungen zum Rechtsanspruch im Alterssegment vom ersten bis zum dritten Lebensjahr anpassungsbedürftig gewesen. Hervorzuheben seien ein Grundanspruch von 20 Betreuungsstunden je Woche sowie eine wöchentliche Höchststundenzahl über alle Betreuungsformen von 45 Stunden.

EKR Dr. Puchert erklärte auf die Frage von **Abg. Meyerholz**, dass sich es bei der Richtlinie um eine Verwaltungsvorschrift ohne unmittelbare Außenwirkung handle. Den gesetzlichen Änderungen sei dennoch Rechnung zu tragen und dementsprechend eine rückwirkende Inkraftsetzung ab dem 01.08.2013 vorzunehmen.

Frau Dr. Störiko begrüßte die Begrenzung des wöchentlichen Betreuungsumfanges auf maximal 45 Stunden. Im Sinne der frühkindlichen Förderung würde hierdurch Entfremdungstendenzen im Zuge langfristiger Betreuung außerhalb des familiären Kontextes sachgerecht entgegengewirkt.

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Änderungen in der Richtlinie für die Kindertagespflege zustimmend zur Kenntnis nimmt.

TOP 6 **Ein Jahr Eltern-Infodienst "Bi d Hand" - Rückschau und Ausblick**

Dipl.-Soz.-Päd. Mülder und **Frühpäd. Fischer** ließen im Rahmen einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, das erste Jahr des Elterninfodienstes „Bi d' Hand“ revue passieren.

Abg. Meyerholz zeigte sich verwundert über die aus seiner Sicht geringe Zahl der verteilten Koffer. **Frühpäd. Fischer** wies darauf hin, dass es sich um ein freiwilliges Angebot handele und man auf die Rückmeldungen der Eltern angewiesen sei. Vor diesem Hintergrund sei die Zahl der verteilten Koffer innerhalb des ersten Jahres aus Sicht von **Dipl.-Soz.-Päd. Mülder** als beachtlich einzuschätzen.

Dipl.-Soz.-Päd. Homann ergänzte, dass gerade ein Projekt in der vorliegenden Größenordnung eine gewisse Vorlaufzeit benötigte. Nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der momentan bestehenden Warteliste sei eine Quote von 31 % ausgegebener Koffer auf ca. 1.400 Geburten als eine Erfolgsstory zu werten. Es werde insbesondere deutlich, dass das Konzept an viele Familien positiv herangeführt werden konnte. Anfängliche Diskussionen über Vorbehalte gegenüber dem Amt für Kinder, Jugend und Familie hätten sich somit nicht bestätigt. Der Verortung des Elterninfodienstes in Räumlichkeiten der Ubbo-Emmius-Klinik sei ideal.

KAR Buss fügte hinzu, dass durch die Elterngeldstelle erst seit Anfang 2014 durch Übersendung von Flyer und Postkarte mit dem Bewilligungsbescheid aktiv auf das Angebot des Elterninfodienstes hingewiesen wird. Er gehe davon aus, dass, bezogen auf den Zeitraum eines Jahres, über die Elterngeldstelle noch eine höhere Resonanz erzeugt werde.

Abg. Behrens bewertete die Resonanz auf das Angebot des Elterninfodienstes als positiv. Nachdenklich stimme ihn jedoch die mittlerweile entstandene Warteliste und bat in diesem Zusammenhang um eine Einschätzung, ob und inwieweit man noch von Auslastung oder vielmehr von Überlastung sprechen müsse.

Dipl.-Soz.-Päd. Mülder bestätigte, dass angesichts eines Bearbeitungsrückstandes von 80 Postkarten schon von einer Vollaustausung auszugehen sei. Im Hinblick auf die Tatsache, dass sich viele Eltern nach dem Erstkontakt und der Ausgabe des Koffers zwischenzeitlich wieder mit dem Elterninfodienst bezüglich einer Beratung in Verbindung setzen, seien zudem Tendenzen einer Überlastung immanent.

Abg. Carow regt an, den Personalschlüssel des Elterninfodienstes zu überprüfen und ggf. die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

–

TOP 7 Budgetentwicklung des Regionalteams Mitte: Berichterstattung des Regionalteamleiters

Der Vorsitzende rief den Wunsch des Ausschusses in Erinnerung, gerne unmittelbar aus den Regionalteams über die Entwicklung der einzelnen Budgets informiert zu werden. Vor diesem Hintergrund stellte **Dipl.-Soz.-Päd. Böden** dem Ausschuss anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation die Grundlagen und die Entwicklung des von ihm zu verantwortenden Budget des Regionalteams Mitte vor.

Abg. Biller verlässt um 16.26 Uhr die Sitzung.

EKR Dr. Puchert äußerte seine Zufriedenheit dahingehend, dass mit Blick auf das Jugendhilfebudget eine gewisse Stabilisierung abzulesen sei. Ungeachtet etwaiger Probleme in der Jahresabgrenzung sei den Fallzahlen eine besondere Bedeutung beizumessen. Um Schwankungen

auszugleichen, müsse man zwangsläufig längere Zeiträume in die Betrachtungsweise einschließen.

Abg. Meyerholz führte aus, dass sich die einzelnen Regionalteams in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt hätten und bat um eine Einschätzung, inwieweit die Aussagen über das Regionalteam Mitte auf die anderen Teams übertragen werden könnten.

Abg. Frerichs verlässt um 16.50 Uhr die Sitzung.

EKR Dr. Puchert hob hervor, dass das Regionalteam Mitte schon im Jahr 2013 sein Budget leicht unterschritten habe, diese Entwicklung jedoch in der Gesamtbewertung des Jahresabschlusses nicht zum Ausdruck komme. Zwar sei auch bei den übrigen Regionalteams eine Stabilisierung erkennbar. Aufgrund der völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen wie auch aus Gründen fehlenden Personals schlage sich dies aber nicht unmittelbar in einem ausgeglichenen Budget nieder. Nicht unwesentlich sei das gute Ergebnis des Regionalteams Mitte auf die guten Bedingungen in der Stadt Aurich, vor allem im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung, zurückzuführen. Mit Blick auf das Regionalteam Süd wurden auf der anderen Seite im Zuge der Dezentralisierung Problemlagen bekannt, die eine Tätigwerden, einhergehend mit den damit verbundenen Mehrkosten, überhaupt erst veranlasst hätten. Unterschiedliche Entwicklungen seien erkennbar. Es sei jedoch zu früh, um in Euphorie auszubrechen.

Auch **Dipl.-Soz.-Päd. Böden** sah in den Rahmenbedingungen der Stadt Aurich, aber auch in der personellen Konstanz seines Teams Gründe für die positive Entwicklung. Weitere Effekte erhoffe er sich von dem im Frühjahr 2015 bevorstehenden Umzug in das Familienzentrum der Stadt Aurich.

Auf Nachfrage von **Herrn Hülsebus** stellten **EKR Dr. Puchert** und **Dipl.-Soz.-Päd. Böden** klar, dass das vorgestellte Budget nur den Bereich der Hilfen zur Erziehung, exklusive Personalkosten, erfasse. Diesbezüglich könne noch gesondert vorgetragen werden.

–

TOP 8 **Beschlussfassung über die Fortführung der Projektförderung für Kindertagesstätten zur Unterstützung der frühkindlichen Bildung**
Vorlage: VIII/2014/100

Abg. Albers trug vor, dass die Mittel für die Projektförderung von Kindertagesstätten ihrer Ansicht nach besser zur Qualitätsentwicklung der Einrichtungen fließen sollten, die bislang kein Gütesiegel erreichen konnten. Zwar finde sie die Projektförderung nach dem vorliegenden Bericht gut, würde sich aber, ungeachtet dessen, eine umfänglichere Investition in Einrichtung ohne Gütesiegel wünschen. Diesbezüglich interessiere sie auch der Sachstand zum Gütesiegel.

Dipl.-Soz.-Päd. Salge berichtete, dass in der aktuellen Erhebungsrunde mit 79 % gegenüber einem Wert von 61 % aus der letzten Erhebungsrunde eine deutliche Steigerung erteilter Gütesiegel im Bezug auf die Anzahl der Einrichtungen zu verzeichnen sei. Er gehe davon aus, dass langfristig eine Quote von ca. 90 % erreichbar sei.

Auf weitere Nachfrage von **Abg. Albers** führte **Dipl.-Soz.-Päd. Salge** aus, dass man alle Kindertagesstätten in die Lage versetzen wolle, das Gütesiegel zu erreichen. Dies erfolge nach den Maßstäben des „Fördern und Fordern“, einer Kombination von Unterstützung und eigenem Einsatz. Der Aspekt der Förderung käme vor allem durch das Konzept der Projektförderung zum Ausdruck.

In Ergänzung der Beschlussvorlage stellte **Dipl.-Soz.-Päd. Salge** sodann den aktuellen Sachstand der Projektförderung anhand der dem Protokoll angehängten Powerpoint-Präsentation vor.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Berichterstattung über die Unterbringung von Jugendlichen in ausländischen Einrichtungen**

Herr Hülsebus verlässt um 17.15 Uhr die Sitzung.

Abg. Carow zeigte sich hinsichtlich der ihr bislang unbekanntem Tatsache überrascht, dass seitens des Fachamtes Jugendliche im Ausland untergebracht werden. Solange sie dem Ausschuss angehöre, sei hierüber nie berichtet wurden. Aus diesem Grund sei die vorliegende Anfrage seitens der Kreistagsfraktion der Freien Wähler gestellt worden. Anschließend las **Abg. Carow** den Inhalt der Vorlage den Ausschussmitgliedern vor.

Dipl.-Soz.-Päd. Homann wies darauf hin, dass die Anfrage mit ausdrücklicher Zustimmung des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler bereits gegenüber der Presse beantwortet wurde. Zur näheren Erläuterung werde er jedoch im Folgenden auch noch mal im Ausschuss vortragen.

Entsprechend der Maßgaben des SGB VIII sei eine Auslandsunterbringung nur im Ausnahmefall möglich. Vorrangig sei immer eine Unterbringung im Inland zu prüfen. Erst wenn sich zeige, dass eine Inlandsunterbringung dem Kindeswohl widerspreche, würde unter Beteiligung einer Vielzahl von Fachkräften im individuellen Einzelfall über eine Auslandsunterbringung entschieden. Gründe könnten u.a. eine notwendige weiträumliche Trennung von den Eltern sein, wenn ein (beispielsweise sexuelles) Abhängigkeitsverhältnis bestehe und sich das Kind bzw. der Jugendliche aus diesem Umfeld nicht lösen könne. Im Ausland werde diesen Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, in der räumlichen Dis-

tanz die eigene Problemlage wesentlich besser zu reflektieren, als dies im belasteten Umfeld möglich sei.

Unter Erläuterung der im Antwortschreiben aufgestellten Tabelle stellte **Dipl.-Soz.-Päd. Homann** dar, dass derzeit 4 Kinder im Ausland (Rumänien bzw. Polen) untergebracht seien. Die Unterbringung eines Jugendlichen im Senegal werde derzeit geprüft. Bei den Einrichtungen handele sich es um im Inland anerkannte Jugendhilfeträger, die auf langjährige Erfahrungen mit Auslandsmaßnahmen zurückblicken und auf qualifiziertes Personal vor Ort zurückgreifen könnten.

Abg. Carow übte unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Zeitung Kritik an der durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie zum Ausdruck gebrachten Unterbringungsphilosophie. Aus ihrer Sicht sei es mehr als widersprüchlich einerseits zu sagen, Jugendliche sollten aufgrund ihrer sozialen Kontakte vor Ort verbleiben, auf der anderen Seite jedoch Jugendliche ins Ausland zu schicken, um derartige Kontakte zu verhindern. Für sie sei diese Art der Unterbringung eine Abschiebung von Jugendlichen in Arbeitslager, da „könne man reden was man wolle“.

Auf die weiteren Fragen von **Abg. Carow** im Bezug auf die Entscheidungsträger, das Alter der Kinder und die Arbeitsweisen der Auslandseinrichtungen entgegnete **EKR Dr. Puchert**, dass alle Fragen, abgesehen vom Alter, bereits beantwortet wurden. **Abg. Carow** stellte heraus, die schriftliche Antwort erst im Rahmen der Sitzung bekommen zu haben. Sie könne sich daher nur auf den mündlichen Vortrag beziehen.

Dipl.-Soz.-Päd. Homann wies den Vorwurf der Abschiebung von Jugendlichen ins Ausland mit Nachdruck zurück. Unter dem Eindruck derartiger Äußerungen müsse er unterstellen, dass **Abg. Carow** es gutheiße, Jugendliche ausschließlich zu Gunsten einer Inlandsunterbringung in höchst bedrohlichen Situationen zu belassen. Schließlich handele es sich bei den Betroffenen in der Regel um Minderjährige im Alter von 14-17 Jahre, die gerade durch ihre Eltern massiv gefährdet würden. Der Schutzgedanke stehe in diesem Zusammenhang an oberster Stelle.

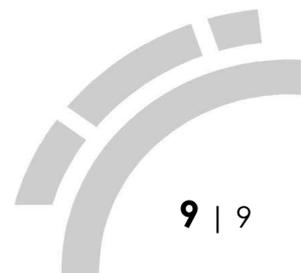
–

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Der Vorsitzende wies die Ausschussmitglieder auf folgende Termin hin:

- 20.06.2014 Richtfest der Inbohutnahme- und Clearingstelle
- 24.06.2014 Markt der Möglichkeiten in der KVHS Aurich
- 08.10.2014 Nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Molitor berichtete, dass der Kreisjugendring eine Vielzahl von Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleitercard (Juleica) akquiriert habe. Insgesamt konnten 84 Unterstützer gewonnen werden, die in einem



Flyer zusammengefasst und im Internet abrufbar seien. Die Teilnehmer seien zudem vor Ort durch einen auffälligen Aufkleber gekennzeichnet.

Abg. Albers hielt den zeitlichen Abstand zur letzten Jugendhilfeausschusssitzung für zu lang und regte an, die Sitzungen des Gremiums künftig in einem quartalsweisen Turnus abzuhalten.

Dem Wunsch des Ausschusses aus der letzten Sitzung folgend, berichtete **KAR Buss** über die aktuellen Fallzahlen im Aufgabenbereich Vormundschaften. Demnach sei jede/r Mitarbeiter/in derzeit mit 48 Fällen betraut. Die Fallzahlgrenze von maximal 50 Fällen sei somit derzeit eingehalten. Um Spitzen abzufangen, stehe ein weiterer Mitarbeiter mit anteiligen Arbeitsstunden zur Verfügung.

Abg. Meyerholz beantragte, in der nächsten Sitzung über die Inobhutnahme- und Clearingstelle zu berichten. Den Vortrag über die Entwicklung des Regionalteams Mitte bewertete er positiv und regte aufgrund dessen an, turnusmäßig aus allen Regionalteams berichten zu lassen.

Abg. Carow äußerte den Wunsch, die Sitzungsniederschriften frühzeitiger zu erhalten.

–

TOP 11 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende dankte den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit und schloss um 17.35 Uhr die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

–

gez. Pickel
Vorsitzender

gez. Buss
Protokollführer